

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Abgabepreis: Die Abgabepflichtung
besteht für Anzeigen aus Aue und
Umgebung 50 Pfennige, auswärts
Anzeigen 50 Pfennige, Kalamitäten
50 Pfennige, sonstige Anzeigen
1 Reichsmark, amtliche Zeile 40
Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1498

Nr. 67

Sonntag, den 20. März 1927

22. Jahrgang

Reudell-Debatte im Reichstag.

Berlin, 18. März. In der gestrigen Sitzung nahm der demokratische Führer Koch Stellung zu den Erklärungen des Innenministers v. Reudell. Er erklärte: Das Zweiparteiensystem ist für Deutschland vielleicht gar nicht erstrebenswert. Wir brauchen keine Regierung von rechts oder links, sondern einen Ausgleich. Entschieden müsse er es beurteilen, daß der Minister die Souveränität der Länder anerkennen will. Jeder Reichsminister hat die Aufgabe, für die Reichseinheit und -souveränität einzutreten. (Beifall links.) In tausendjähriger deutscher Geschichte sehe ich keine Spur von gesundem Föderalismus, sondern nur fürstlichen Partikularismus, der das Reich nach außen geschwächt hat. Und Bismarcks Bundesrat war kein föderalistisches Organ, sondern nur der Schild der Kaisergewalt gegenüber dem Reichstag, wie der Reichstag der Schild der Kaisergewalt gegenüber den Ländern war. Und wie steht es mit der Stammeseigenart? Waldes besteht aus 25 000 Niedersachsen und 25 000 Hessen, die einander kaum verstehen. (Heiterkeit.) Hält man es für richtig, daß Preußen politisch aus Bayern ausgewiesen werden können, daß in Bayern gegen die Reichsverfassung Titel und Orden eingeführt werden? Wir verlangen den Ausbau der Reichseinheit und beantragen zunächst Einführung der Reichsangehörigkeit an Stelle der Staatsangehörigkeiten.

Der Redner tritt ferner für die Freizügigkeit der Anwälte, für eine Unterstützung der Vergrößerungspläne Hamburgs, für ein deutsch-österreichisches Zollgebiet und für eine Verwaltungsreform auf unitarischer Grundlage ein. Abg. Koch kritisiert weiter die Steuerübertragungen an Bayern anlässlich des Finanzausgleichs als Bezahlung für den Eintritt der bayerischen Volkspartei in die Regierungskoalition und die Tatsache, daß die bayerischen Finanzamtspräsidenten erst 1926 auf die Republik vereidigt worden seien, nachdem Dr. Reinhold den Widerstand der bayerischen Regierung endlich gebrochen hatte. (Beif. hört, hört! links.) Schulangelegenheiten seien Staatsangelegenheiten und könnten nicht durch Konfoderate geregelt werden. (Beifall bei den Demokraten.)

Abg. Reich (Bahr. Wp.) begrüßt es, daß v. Reudell sich für die staatliche Eigenpersönlichkeit der Länder ausgesprochen hat. Diese Einstellung sei der Reichsverfassung besser angepaßt als die der Redner, die in den Ländern nur geographische Begriffe sehen. Der Parteigenosse des Abg. Sollmann, der preussische Ministerpräsident Braun, betont sehr nachdrücklich die staatliche Eigenpersönlichkeit Preußens. Er hat das besonders bei dem Streit mit Hamburg getan. Im Ausschuss für die Umbildung der Länder wußte man von einer Geheimanweisung der preussischen Regierung, die darauf hinausläuft: Preußen nimmt alles an, was sein Gebiet erweitert, es lehnt alles ab, was sein Gebiet verkleinert. (Heiterkeit.) Notwendig ist der Wille, dem Staate zu dienen. Wer diesen Willen hat, ist uns willkommen sein, auch wenn er die monarchistische Staatsform für die bessere hält.

Abg. v. Ramin (Wdl.) meint, der gegenwärtige Innenminister sei ein einwandfreier Mann, aber das parlamentarische System verfallende nicht die höchste Wille deutschen Geistes und schaffe keine Auslese der besten Führer. Darum arbeiteten die vaterländischen Verbände an einer Aenderung des Systems. Eine kapitalistisch beherrschte Presse und der Rundfunk stützen das heutige System, von dem man eine Rettung Deutschlands nicht erwarten könne.

Reichsinnenminister v. Reudell erwidert dem Abg. Sollmann, er stehe zu jedem Wort, das er im Ausschuss gesagt habe. Ohne „Formulierungen“ komme man nicht aus. Sie bringen allerdings die Gefahr, daß man sich auseinanderrede, was den Staat nicht stärke. Außerdem sei „übertriebenes Formulieren ein Zeichen von Schwäche“. Welche Bestimmungen des Republikstiftungsgesetzes aufrechterhalten werden sollen, wird zurzeit im Reichsjustizministerium geprüft. (Ausruf links: Und Ihre Ansicht?) Damit halte ich bis zum Schluß dieser Prüfung zurück. Die Rückkehr des Kaisers ist nicht akut. Wir werden dazu bei der Verlängerung des Republikstiftungsgesetzes Stellung nehmen. Die Beschleunigung der Einbringung des Ministerpensionsgesetzes liegt der Reichsregierung sehr am Herzen. Der Entwurf über die Arbeitszeit der Beamten besteht sich nur auf die Höchstverwaltungen; darüber sind noch Verhandlungen mit anderen Ministerien erforderlich. Nichtlizenzierte aber Beschäftigung und Einstellung von Beamten werden demnächst das Kabinett beschäftigen. Das provokierende Tragen von Abzeichen durch Beamte im Verkehr mit dem Publikum ist untersagt.

Zur Frage der Titel und Orden kann ich mich mit Rücksicht auf schwebende Verhandlungen mit den Ländern nicht äußern, ebenso über das Ausführungsgesetz zu Artikel 48 (Unruhe und Gelächter links). Konfoderatsverhandlungen haben anlässlich der Regierungsbildung nicht stattgefunden. Die Ressorts prüfen die Frage, aber zu irgendwelchen Verhandlungen mit dem Reichstag ist es noch nicht gekommen. Ueber das Privatschulwesen sind einheitliche Vereinbarungen mit den Ländern getroffen worden. Sobald die Zustimmung sämtlicher Länder erfolgt ist, werden sie dem Reichstag vorgelegt. Das Entschädigungsgesetz ist inzwischen fertiggestellt, es soll eine erschöpfende Regelung bringen; seine baldige Durchführung wird angestrebt, in den

nächsten Tagen wird der Entwurf dem Kabinett vorgelegt. Am 1. April sollen noch einmal Kinder in die untersten Klassen der Privatschulen aufgenommen werden können. Verwaltungsreform und -abbau sind eine besonders wichtige Pflicht des Innenministers, welche möglichst bald zum Abschluß kommen muß. Für Vereinheitlichung der akademischen Verordnungen will ich gern sorgen, ebenso für die Reform des höheren Schulwesens. Das Problem der Staatsangehörigkeit ist vollständig befriedigend nur international zu lösen. Bei der nächsten internationalen Privatrechtskonferenz ist eine Erörterung in Aussicht genommen. Selbstverständlichkeiten wie die Reichseinheit habe ich gestern nicht allzu ausführlich behandeln wollen. Ich konnte aber nicht zugeben, daß die Länder ihre Einzelstaatlichkeit verloren hätten. Ich berufe mich auf Anshütz und die preussische Regierung.

Vor einem polnischen Handstreich.

Kowno soll besetzt werden!

Berlin, 19. März. Die polnisch-litauischen Beziehungen haben neuerdings wieder eine bedenkliche Spannung erfahren. Nicht nur in Moskau, sondern auch in Berlin liegen Informationen vor, daß das Warschauer Kabinett nunmehr einen Druck auf Litauen ausüben wolle, und zwar dahingehend, daß die litauische Regierung nunmehr gewissen Forderungen Polens zustimmt, die verschiedene Differenzen zwischen beiden Mächten aus dem Wege schafft. Nachdem sich Polen in den Besitz von Kowno gesetzt hat, hält man es in den politischen Kreisen der Reichshauptstadt nicht für ausgeschlossen, daß Polen jetzt einen Vorwand sucht für einen neuen militärischen Handstreich in Litauen. Unverbürgten Gerüchten zufolge habe man in Warschau die militärische Besetzung von Kowno für den 19. März, dem Geburtstag Pilsudskis, vorgesehen. Es ist durchaus nicht von der Hand zu weisen, daß im Zusammenhang mit den Bestrebungen des britischen Außen-

ministers, Rußland zu isolieren, das Londoner Kabinett Polen die Zustimmung für einen derartigen neuen militärischen Handstreich gegenüber Litauen gegeben hat. Tatsache ist jedenfalls, daß die Warschauer Regierung an der polnisch-litauischen Grenze größere Streitkräfte konzentriert hat. Auf neue Überraschungen in Osteuropa wird man sich somit gefaßt machen müssen. Ob die Sowjetregierung sich einem etwaigen neuen Einmarsch Polens in Litauen gegenüber neutral verhalten wird, muß bezweifelt werden, umso mehr, als zwischen Litauen und Sowjetrußland ein Freundschaftsvertrag besteht und gegenwärtig neue Verhandlungen im Gange sind, die auf den Ausbau dieses Abkommens hinauslaufen. Angesichts der Uneinigkeit der Parteien in Litauen ist im übrigen kaum damit zu rechnen, daß die litauische Bevölkerung einem neuen Einfall Polens militärischen Widerstand entgegenzusetzen wird.

Sitzung des Auswärtigen Ausschusses.

Mehrere Tage Debatte im Reichstag.

Berlin, 18. März. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages setzte heute unter dem Vorsitz des Abg. Wallraf (Dnl.) in Anwesenheit des Außenministers Dr. Stresemann, des Staatssekretärs von Schubert und des Ministerialdirektors Gaus die Beratungen über die Verhandlungen in Genf fort.

An der Aussprache beteiligten sich Reichsaussenminister Dr. Stresemann und die Abg. Röder (Kon.), Wiska (Zentrum), Dauch (DVP.), Dr. Schnee (DVP.) und Dr. Böhm (Dnl.). Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Auf die Vertraulichkeit der Ausschussverhandlungen wurde von dem Vorsitzenden nochmals ausdrücklich hingewiesen.

In der kommenden außenpolitischen Debatte im Reichstag hören wir aus parlamentarischen Kreisen, daß sich der Reichsaussenminister Stresemann nochmals vor dem Reichstag über das Genfer Ergebnis aussprechen wird. Dabei wird er aber auch wohl auf die großen außenpolitischen Probleme der Zeit eingehen. Indessen steht es heute noch nicht fest, ob der Reichskanzler Dr. Marx in die Debatte eingreifen wird. Für die Dauer der außenpolitischen Debatte rechnet man mit einem Zeitraum von mehreren Tagen.

Wege zur deutschen Einheit.

Eine Rede Stegerwalds.

Berlin, 18. März. In München sprach gestern der Abgeordnete Stegerwald über Wege zur deutschen Einheit. Er führte dabei u. a. aus: Zwei große Fehler seien begangen worden: Erstens, daß in der Weimarer Verfassung kein klares Verhältnis zwischen Reich und Ländern geschaffen worden wäre, und zweitens die unreise Verschmelzung der Mehrheitssozialisten mit der USP. Durch diese sei die gesamte Sozialdemokratie radikalisiert worden. Ein Deutschland, wie es durch den Versailler Vertrag geschaffen worden wäre, sei auf die Dauer unmöglich. Entweder ganz Europa rüste in absehbarer Zeit ab oder Deutschland müsse wieder eine starke Wehrmacht erhalten. Deutschland brauche ausreichend Lebensraum. Zur Innenpolitik übergehend, bezeichnete Stegerwald die heutige Demokratie als formal-demokratisch. Mit der sozialistischen Ideenwelt sei kein Volkstum, kein Volksstaat und keine Wirtschaft in Mitteleuropa aufzubauen. Stegerwald verlangte größere Beträge aus öffentlichen Mitteln, um Tüchtige aus den besetzten Schichten durch Besuch höherer Schulen in

führende Stellungen hineinwachsen zu lassen. Zum Schluß betonte er, die Durchführung des Dawes-Planes sei eine Unmöglichkeit.

Beginn der deutsch-tschechoslowakischen Handelsvertragsverhandlungen.

Berlin, 18. März. Amtlich. Die Delegationen für die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei haben ihre gemeinschaftlichen Beratungen, die zuletzt im Februar d. J. in Prag stattgefunden haben, am 17. März in Berlin wieder aufgenommen. Für die gegenwärtige Verhandlungsperiode steht ein Zeitraum von etwa sechs Wochen zur Verfügung, in dem außer den einzelnen Zolltarifwünschen auch Fragen der Ein- und Ausfuhr, der Kleins Grenzverkehr und die Bestimmungen des allgemeinen Vertragstextes erörtert werden sollen.

Deutschlands Antwort auf den belgischen Protest.

Berlin, 19. März. Der belgische Gesandte hat jetzt beim Auswärtigen Amt wegen der Vergnügung des Mörders des belgischen Leutnants Grass zu zehn Jahren Gefängnis vorstellig geworden und hat darauf hingewiesen, daß diese Maßnahme der preussischen Regierung in Brüssel großes Besorgnis hervorgerufen hat. Dem Gesandten konnte noch keine endgültige Antwort erteilt werden, da sich zunächst das Reichskabinett mit der Angelegenheit beschäftigen muß. Eine Stellungnahme der Regierung zu der belgischen Beschwerde ist in den nächsten Tagen zu erwarten. Schon jetzt kann gesagt werden, daß der Protest Belgiens zurückgewiesen werden wird.

Diplomatischer Schritt Italiens wegen der angeblichen tschechischen Vorbereitungen Jugoslawiens.

London, 19. März. „Times“ berichtet, die italienische Regierung habe der britischen Regierung und anderen Regierungen mitgeteilt, sie habe Informationen erhalten, daß auf jugoslawischem Gebiet Vorbereitungen in gewaltigem Maßstabe für einen Einbruch nach Albanien gemacht würden, um die albanische Regierung zu stürzen. Italien habe vor kurzem den Vertrag von Tirana mit der Regierung der albanischen Republik geschlossen und es verlautet, daß die italienische Regierung gegenüber dem Schicksal dieser Regierung nicht gleichgültig bleiben werde.